

Politik Pur - Wahlprüfsteine

Bauland

Nach Jahren des Wachstums und nach mehreren schwerwiegenden Eingriffen in die Landschaft um Ebersberg, gegen die wir Grüne zum Teil als einzige Fraktion im Stadtrat gestimmt haben (Hagebau-Markt, Lagerhalle in Mailing), muss dem Landschaftsverbrauch ein Ende gesetzt werden.

Stimmen Sie uns zu, dass außerhalb der bestehenden Baugrenzen kein weiteres Bauland und keine weiteren Gewerbegebiete mehr ausgewiesen werden sollen? Stimmen Sie uns zu, dass neuer Wohnraum stattdessen innerhalb der Grenzen Ebersbergs vor allem durch den Bau von Mehrfamilienhäusern geschaffen werden soll und hier grundsätzlich ein Anteil sozial geförderter Wohnungen entstehen muss?

Uli Proske:

Das Grundprinzip „Innen vor Außen“ gilt uneingeschränkt. Zu definieren ist allerdings, was unter den genannten „Baugrenzen“ zu verstehen ist; die Flächennutzungsplanung geht über die real existierende Bebauung hinaus, er ist der Maßstab. Begrenzung des Flächenverbrauchs muss vor allem mit sozial gefördertem Wohnungsbau in unterschiedlichen Formen in Einklang gebracht werden. Dafür sind die raren vorhandenen Flächenreserven zu mobilisieren, alle Möglichkeiten des Flächenerwerbs zu nutzen und ggf. soziale Verpflichtungen für private Bauinteressenten vorzusehen.

Gewerbe -Der Leerstand im Gewerbegebiet bietet auch Chancen. Co Working -Space usw. Als Bürgermeister will ich den Besitzern von Leerstandshallen (wie aktuell im Gewerbegebiet) sofort alternativen für die Nachfolgenutzung anbieten können. Gewerbe ist auch Chefsache gerne auch mit einem Wirtschaftsbeirat. -In und um Ebersberg haben wir Bestände die unter anderem auch einer gewerblichen Nutzung zugeführt werden könnten, oft sogar mit der Kombination Wohnen/ Arbeiten. Hierüber sollte man sich schnellstmöglich einen belastbaren Überblick schaffen. Breitband ist hierzu die Voraussetzung. -Um unsere ganzen Vorhaben wie z.B. Energiewende, ÖPNV, sozialer Wohnungsbau usw. auch finanzieren zu können dürfen wir uns neuen Gewerbeflächen vermutlich nicht verschließen. Mit z.B. grünem, Ebersberger Strom könnten Standortvorteile geschaffen werden.

Alexander Gressierer:

Eine maßvolle und flächenschonende Entwicklung Ebersbergs muss in Zukunft selbstverständlich sein. Mit dem Beschluss „Innen vor Außen“ und dem im FNP definierten Wachstumsziel von 0,5-1% wurden hier in der Vergangenheit schon wichtige Impulse gesetzt,

die wir fortsetzen und verstärken möchten. Zentraler Ansatzpunkt für das Schaffen von Wohnraum kann deshalb nur die Nachverdichtung – auch in Zusammenhang mit Geschosswohnungsbau – sein. Im Zusammenhang mit dem Baugebiet Friedenseiche VIII hat die CSU bereits die Nutzung einiger Mehrfamilienhäuser für den sozialen Wohnungsbau angeregt, auch mit unserem Antrag zur Prüfung von Sozialwohnungen auf der Fläche der Straßenmeisterei, den wir nach der Kommunalwahl gerne erneut aufgreifen möchten, haben wir uns für den sozialen Wohnungsbau stark gemacht. Grundsätzlich verfolgen wir im Rahmen der moderaten Wachstumsgrenzen einen Dreiklang aus sozialem Wohnungsbau, „Einheimischenbau“ und einem Teil für den freien Markt (wird i.d.R. ausreichend über den privaten Markt erfüllt). Bei allen Bauvorhaben müssen flächensparende Modelle an Bedeutung gewinnen. Nicht zuletzt im Interesse der jungen (meiner) Generation und künftiger Generationen muss Fläche als unvermehrbares Ressource erkannt werden.

Das Credo einer flächenschonenden Entwicklung gilt für die künftige Gewerbepolitik gleichermaßen und wird durch die knappe Verfügbarkeit von Gewerbefläche auch aus Perspektive der Betriebe und wirtschaftlicher Überlegungen verstärkt. Wie es bei Projekten des Wohnungsbaus selbstverständlich sein muss, dass z.B. Parkplätze in Tiefgaragen geschaffen werden muss auch Gewerbefläche mehrstöckig genutzt werden. Eine flächenschonende Gewerbepolitik möchten wir deshalb u.a. mit dem Fokus auf sog. intelligente Gewerbeformen (Stichwort Digitalisierung) erreichen. Eine sinnvolle Verbindung von nachhaltiger Gewerbepolitik und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sehen wir im Modell der Betriebswohnungen, die wir gerne vermehrt unterstützen und die Gewerbetreibenden zur Umsetzung anregen möchten.

Josef Peis:

JA - Innen vor außen, das ist klar.

JA. Die zentrale Herausforderung beim Thema Wohnen wird der Bedarf an kleinen, barrierefreien Wohnungen sein. Die Stadt muss also mit all den liegenschaftspolitischen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, selbst vorausschauend das Wohnen und Leben gestalten und nicht dem Markt überlassen. Neben der Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus, gehört für uns eine aktive Liegenschaftspolitik bzw. Flächenmanagement zwingend zur kommunalen Wohnungspolitik von morgen. Das beinhaltet den vorhabenbezogenen Zwischenerwerb (inkl. Zwischennutzung) von Flächen, auch im Innenbereich, zur langfristigen Sicherung von Bauland- wie Gewerbelandpotenzialen. Konzeptvergaben z.B. an Wohnungsbaugenossenschaften, die Vergabe von Erbpachtgrundstücken oder kooperative Baulandmodelle müssen künftig eine Selbstverständlichkeit sein. Zum professionellen Immobilienmanagement braucht es eine Bauverwaltung, die auch beratend tätig werden kann. Senioren sollen unterstützt werden, ihre Wohnung barrierefrei umzubauen oder eine zusätzliche Wohneinheit in ihrem Haus zu schaffen. Eine Wohnungstauschbörse, auch im Verbund mit umliegenden Kommunen, kann helfen, den gerade passenden Wohnraum zu finden. Wohnen, Arbeiten und Leben denken wir nicht mehr getrennt voneinander. Wir wollen Wohnflächen, Dienstleistungsangebote und Gewerbe wieder räumlich annähern. Wir denken inklusiv statt abgrenzend, d.h. wir wollen,

dass Menschen unabhängig vom Alter, Versorgungsbedarf, individuellem Wohlstand und Nationalität miteinander wohnen und leben - und sich gegenseitig unterstützen.

Bernhard Spötzl

*Ich stimme Ihnen zu, dass neuer Wohnraum primär innerhalb des Stadtgebietes geschaffen werden soll und dort ein großer Anteil an sozial geförderten bzw. vergünstigten Wohnraum für Ebersberger Bürger*innen geschaffen werden soll. Ich stimme Ihnen nicht zu, dass es keine weitere Ausweisung von Bauland bzw. von Gewerbeflächen geben soll. Die Stadt braucht benötigt für ihre weitere Entwicklung beides, und es gibt sicher noch Flächen im Anschluss an die bestehende Bebauung, die dafür genutzt werden können.*

Toni Ried

*Ich stimme nicht nur Ihrem Grundsatz zu , sondern bin zum Beispiel ein Gegner des Hagebau-Marktes gewesen (fragen Sie bitte Herrn Acker).
Bei den kürzlich behandelten Augrund Gebiet war ich und bin ich für die Ausweisung auch in der Verhandlung (in der ich integriert war) eindeutig für sozial geförderte Wohnungen.*

Integration

In Ebersberg leben Bürger*innen aus fast hundert verschiedenen Nationen, unter ihnen anerkannte oder noch nicht anerkannte Asylbewerber. Im Integrationskonzept der Stadt Ebersberg (2019) heißt es: „Es gehört [...] zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, Chancen und Möglichkeiten dieser Diversität zu nutzen, Menschen mit Migrationshintergrund bei der Integration zu fördern und zu unterstützen, bestehende Benachteiligungen abzubauen und neu entstehende Benachteiligungen zu verhindern.“

Stimmen Sie uns zu, dass der Umgang mit diesen Menschen hinsichtlich Unterkunft, schulischer Bildung, Unterstützung durch Integrationsbeauftragte und Ausländerhilfe - generell der Teilhabechancen am kommunalen Leben - den vorbildlichen Leitlinien des kommunalen Integrationskonzepts entsprechen soll?

Uli Proske:

Die Leitlinie gilt und ist konsequent anzuwenden. Ich sehe im Umgang mit Menschen allerdings nicht nur eine Aufgabe aus einer politischen Selbstverpflichtung der Kommune, sondern einen Auftrag der Verfassung und, ganz persönlich, aus meinem christlichen Menschenbild heraus. Kommunen machen keine Migrationspolitik, aber sie gestalten den Umgang mit den hilfesuchenden Menschen.

Alexander Gressierer:

Als Mitglied des AK Integration im Stadtrat konnte ich die Entwicklung des Integrationskonzepts verfolgen und war an dessen Entstehung intensiv beteiligt. Aus einer sehr persönlichen Perspektive sehe ich das Thema Integration – wie alle sozialen Themen – unter dem Leitsatz „Chancen schaffen & Fleiß belohnen“. Chancen schaffen heißt m.E. dabei zunächst die wichtigen Voraussetzungen zur Integration (Unterkunft, Schule, Ausbildung, Beruf) sicherzustellen. Dabei können wir entsprechend dem Integrationskonzept auch als Gemeinde unseren Beitrag leisten. Chancen schaffen heißt aber auch die Chancen, die eine gelungene Integration für unsere Gesellschaft bietet zu nutzen und zu fördern. Deshalb lege ich insbesondere bei den gesellschaftlichen Themen Wert auf eine wechselseitige Betrachtung, d.h. Geben und Nehmen in beide Richtungen.

Fleiß belohnen möchte ich, damit auch die Bürgerinnen und Bürger die sich integrieren sehen, dass sich ihre Anstrengungen lohnen. D.h. beispielsweise auch bei gelungener Integration die berufliche Weiterentwicklung zu unterstützen o.ä. Insbesondere vor diesem Hintergrund ist es wichtig das Integrationskonzept als lernendes Konzept zu verstehen und an die immer neuen Aufgaben und Herausforderungen anzupassen. Den mit Stadträten, Ehrenamtlichen, Hauptamtlichen und Betroffenen besetzten Arbeitskreis Integration möchte ich deshalb auch in der neuen Amtsperiode fortsetzen, um die ersten wichtigen Schritte des Integrationskonzepts auch weiterentwickeln zu können.

Josef Peis:

JA - Wir stehen für ein buntes und offenes Ebersberg, wir fordern deshalb die Fortsetzung des Integrationsdialogs, der seit ca. 14 Monaten nicht mehr stattgefunden hat – interessiert offensichtlich KEINE der Fraktionen im Stadtrat.

Das Integrationskonzept geht auf ein Engagement von Manfred Kugler zurück. Ich selbst konnte bei der Aufplanung im Vorfeld mitarbeiten, und werde mich als möglicher BGM für die Umsetzung der im Integrationskonzept beschlossenen Punkte einsetzen.

*"Wir gehören zusammen!" - Unter diesem Motto soll unter der Federführung des Integrationsbeauftragten der Stadt Ebersberg der Dialog für ein positives Miteinander zwischen Vertreter*innen der Stadtratsfraktionen, Fachkräften von Hilfsorganisationen, ehrenamtlichen Helfer*innen und Betroffenen fortgesetzt werden, wie es im Stadtrat von allen Fraktionen beschlossen und in einem Konzept festgelegt wurde. Dazu braucht es eine parteiübergreifende Diskussions-veranstaltungen.*

*"Lassen wir uns nicht spalten!" - Parteien am "rechten Rand" greifen Ängste von Bürger*innen auf. Überlassen wir ihnen nicht das politische Feld, sondern stellen Aufklärungsarbeit in Form von Fakten gegenüber. Strategien dieser Parteien müssen offengelegt werden. Dies war auch einer der Gründe, uns PRO EBERSBERG zu nennen. Wir wollen das schöne Wort PRO nicht Gruppierungen überlassen, die gefährliches Gedankengut transportieren.*

Als kath. Sprecher des Bündnisses BUNT STATT BRAUN ist mir das Eintreten gegen Rechts seit jeher eine Herzensangelegenheit.

Bernhard Spötzl

Ich stimme Ihnen bei beiden Punkten zu.

Toni Ried

Stimme zu. Ich habe mit vielen persönlichen Kontakten ins Ausland einen gewohnten Umgang mit Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen.

Obdachlose

Obdachlose und anerkannte Asylsuchende die sich zuletzt in Ebersberg aufgehalten haben und obdachlos werden, müssen durch die Stadt untergebracht werden. Sie fanden drei Jahre lang hauptsächlich in der Obdachlosenunterkunft der Diakonie Zuflucht und wurden sozialpädagogisch betreut. Diese musste jedoch im März 2019 ihren Betrieb einstellen.

Sind Sie auch der Meinung, dass eine ähnliche betreute Anlaufstelle, ähnlich der Unterkunft der Diakonie, schnellstmöglich wieder geschaffen werden sollte?"

Uli Proske:

Eine Nachfolgelösung für die Unterkunft muss schnell und dauerhaft realisiert werden.

Alexander Gressierer:

Ja. Während die kommunale Pflichtaufgabe in der ausschließlichen Unterbringung besteht, stellt m.E. insbesondere die sozialpädagogische Betreuung einen entscheidenden Mehrwert der Obdachlosenunterkunft dar. Gemeinsam mit den entsprechenden Trägern solcher Konzepte – das eigenverantwortliche Übernehmen einer solchen Einrichtung durch die Stadt stellt hier m.E. nur die zweitbeste Lösung dar, weil die fachliche Spezialisierung m.E. Zu wenig gegeben ist – setze ich mich als Bürgermeister gerne für die Wiedererrichtung einer vergleichbaren Obdachlosenunterkunft ein. Idealerweise erfolgt dies auch gemeinsam mit den Nachbargemeinden.

Josef Peis:

Nein...Ich bin der Meinung, das oberste Ziel sollte es sein den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben. Ein eigener Wohnraum ist ein zentraler Aspekt Gesellschaftlicher Teilhabe und ein wichtiger Aspekt die Integration anerkannter Asylbewerber voranzutreiben. Die Wiederaufnahme einer Obdachlosenunterkunft mit fachlicher Betreuung kann an dieser Stelle aus meiner Sicht nur eine nachrangige Lösung darstellen. Zudem sollten die im Integrationskonzept beschriebenen Handlungsempfehlungen(S. 36 und 37 Nr. 1 und 2) verstärkt umgesetzt werden.

Bernhard Spötzl

Keine Antwort

Toni Ried

*Zu diesem Thema (betreute Anlaufstelle) habe ich mit Betroffenen mehrfach gesprochen
Ja ich bin für die schnelle Einrichtung einer betreuten Anlaufstelle.*

Kindertagesstätten

Deutlich zeigen einschlägige Studien den großen Einfluss des elterlichen Geldbeutels und Bildungsstands auf die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder. Wir sind der Meinung, dass Zuwendungen der öffentlichen Hand nicht mit der Gießkanne verteilt sondern gezielt eingesetzt werden sollten.

Vertreten Sie auch die Ansicht, dass wir in den Ebersberger Kindertagesstätten gezielt die Bedürftigen finanziell unterstützen sollen?

Halten auch Sie es für sinnvoll, ein qualitativ hochwertiges Mensa-Essen in der Schule zu subventionieren?

Uli Proske:

Die Unterstützung von bedürftigen Familien befürworte ich, sie sollte aber nur eine Zwischenlösung sein, längerfristig strebe ich eine Kostenfreiheit der Betreuungseinrichtungen an. Die Qualität der Betreuung steht für mich im Vordergrund. Ein qualitativ hochwertiges Essensangebot in der Mensa ist nicht nur eine Kostenfrage, eine Subventionierung ist ggf. sinnvoll.

Alexander Gressierer:

Die Förderung der Chancengleichheit im Bildungswesen stellt m.E. auch vor dem Hintergrund einer nachhaltigen und langfristigen Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie des allgemeinen Sozialgefüges eine verantwortungsvolle Aufgabe dar. Auch wenn die Unterstützung bedürftiger Familien nicht originär kommunalpolitische Aufgabe ist, sollten Handlungsfelder der Stadtpolitik dazu genutzt werden dieser gesellschaftlichen Verantwortung Rechnung zu tragen. Bereits im Jahr 2019 hat die CSU-Fraktion im Stadtrat den Antrag gestellt die Möglichkeiten einer Kostenbefreiung in der Kinderbetreuung zu überprüfen. Anders als z.T. dargestellt zielte dieser Antrag nicht auf ein allgemeines Gießkannensystem sondern sollte Grundlage für die weitere Diskussion sein, in der – abhängig von den haushalterischen Auswirkungen und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt – Möglichkeiten zur Entlastung diskutiert werden sollten. Auch im neuen Stadtrat möchten wir die Ergebnisse dieser Prüfung in der gemeinsamen Diskussion aufgreifen.

Den Anspruch eines qualitativ hochwertigen Essens in der Schulmensa teilen wir uneingeschränkt. Die Frage einer entsprechenden Subventionierung sollte sich dabei m.E. jedoch an oben schon skizzierten Prinzip der finanziellen Leistungsfähigkeit messen, sodass allen Kindern – unabhängig vom finanziellen Hintergrund der Eltern – die gleichen Möglichkeiten zur Verfügung stehen, ohne dabei jedoch eine allgemeine Subventionierung (Stichwort Gießkannenprinzip) anzustreben.

Josef Peis:

JA. Der von uns geforderte Bürgerpass setzt hier die richtigen Akzente für Einkommensschwache. Damit soll Armut in Ebersberg entgegenwirkt und Einkommensschwachen die Teilnahme am öffentlichen Leben erleichtert werden. Die Stadt Wasserburg a. Inn bietet Bürgerinnen und Bürgern mit eine Vielzahl von Vergünstigungen bei der Inanspruchnahme von städtischen und nicht städtischen Einrichtungen. Er ist Vorbild für den Bürgerpass Ebersberg.

Folgende Bereiche sollen unterstützt werden: Schule/Bildung, (z.B. Zuschuss Mittagsverpflegung), Gesundheit, Mobilität, Freizeit (Vereinsbeiträge, Schwimmbad), Behördenleistungen, Kultur (z.B. freien Eintritt im Waldmuseum).

Bernhard Spötzl

Ich halte nichts davon, Subventionen mit dem Gießkannenprinzip zu verteilen. Daher stimme ich Ihnen zu, Bedürftige gezielt zu unterstützen. Zusätzliche Mittel sollten dafür aufgewendet werden, die Qualität der Einrichtungen zu verbessern, um die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder zu fördern.

Toni Ried

Zu den beiden Punkten ist es notwendig, eine Haushaltsstelle einzustellen. Ich würde das dem Stadtrat vorlegen und mich dafür konsequent aussprechen.

LKW-Durchfahrts-Verbot

Ein LKW-freies Ebersberg ist möglich! Dafür müsste die Rosenheimer Kreisstraße 42 die seit letztem Jahr mit der Fertigstellung der Umfahrung von Albaching komplett ortsdurchgangsfrei ist, zur Staatsstraße hochgestuft werden. Im Gegenzug müssten unsere Straßen durch den Forst (mindestens die St2080 nach Schwaberwegen) zu Gemeindeverbindungen abgestuft werden. Diese von uns seit Jahrzehnten propagierte Ableitung des überörtlichen Verkehrs weiträumig im Osten von Ebersberg ist nach Verkehrsfreigabe der Albachinger Umfahrung und der Isentalautobahn A94 ohne jegliche weitere Baumaßnahmen theoretisch möglich und wird bereits von vielen Kfz-Fahrer*innen angenommen.

Stimmen Sie mit uns darin überein, dass die genannten Straßen umgewidmet werden und für Ebersberg ein LKW-Durchfahrtsverbot gelten soll? Sehen Sie es auch so, dass die Kreisstadt dadurch deutlich vom Verkehr entlastet würde?

Wenn ja, auf welche Weise werden Sie sich als Bürgermeister dafür einsetzen, dass diese Maßnahmen, die auf vielen Ebenen (Kommunen, Landkreise Ebersberg und Rosenheim, Freistaat Bayern) entschieden werden müssen, schnellstmöglich umgesetzt werden?

Uli Proske:

Überörtlicher Verkehr muss überörtlich geleitet werden. Die vorgeschlagene Lösung kann zur Erreichung des Ziels beitragen. Wichtig ist aber grundsätzlich, die z.T. sehr eindimensionale Verkehrsdiskussion zu versachlichen und nicht nur populistisch zu führen. Ich werde mich auch gegenüber den unterschiedlichen Initiativen sicher nicht unterschiedlich äußern. Zunächst sind alle Möglichkeiten überörtlicher Lösungen, deren Wirksamkeit inzwischen offenkundig ist (A 94/B 15...), zu prüfen. Wichtig ist mir auch, die Bedeutung des heimischen Ziel- und Quellverkehrs nicht zu vernachlässigen und innerörtliche Verbesserungsmöglichkeiten konsequent zu nutzen. Als Bürgermeister werde ich dabei nicht nur abwarten, ob die zahlreichen beteiligten Ebenen zu einem Ergebnis kommen, sondern Gespräche mit den einzelnen Ebenen in Gang zu setzen, um sie danach an einen Tisch zu bringen.

Alexander Gressierer:

Die in der Fragestellung geschilderte überörtliche Verkehrsführung stellt m.E. grundsätzlich einen guten Ansatz dar, um eine Entlastung Ebersbergs vom Durchgangsverkehr zu erreichen. Insbesondere könnte diese Form der Entlastung voraussichtlich in einem wesentlich kürzeren Zeithorizont als bauliche Maßnahmen im Raum Ebersberg umgesetzt werden.

Für die konkrete Realisierung dieses Vorhabens stellen m.E. neben der allgemeinen Zuständigkeitsverteilung insbesondere die Fragen der Finanzierung und langfristigen Kosten zentrale Fallstricke dar (wer übernimmt z.B. die Kosten der Verkehrsplanung oder welche Anteile der Instandhaltung der neuen Gemeindeverbindungsstraße Ebersberg – Schwaberwegen?). Zur Realisierung würde ich deshalb zunächst die grundsätzliche Überlegung anhand aktueller Verkehrszählungen mit entsprechendem Datenmaterial

unterfüttern, um auf Basis zu erwartender Be- und Entlastungswirkungen gemeinsam mit den betroffenen Behörden entsprechende Ausgleichsmodelle zu entwickeln. Da Profiteur insbesondere Ebersberg sein wird, ist es für uns m.E. unumgänglich bei den ersten Planungsarbeit in Vorleistung zu gehen, um für die übrigen betroffenen Stellen die erste Hürde der Auseinandersetzung mit entsprechenden Möglichkeiten abzubauen.

Josef Peis:

„Darüber hinaus wollen wir definitiv eine Lösung für das Verkehrsproblem St 2080. Und zwar eine Lösung, die wir auf Ebersberger Grund umsetzen, also im eigenen Verantwortungsbereich. Dabei suchen wir eine Lösung, die so viel Akzeptanz wie möglich hat: so viel Tunnel wie möglich bzw. nötig.

- Wir wollen eine Lösung, die die größtmögliche Entlastungswirkung hat.*
- Wir wollen die Umsetzung so schonend, naturnah und eingebunden in den Landschaftsverbund wie möglich. (z.B. mehrere Wildbrücken und mit möglichst langen Tunnelabschnitten)*
- Wir präferieren die Tunnellösung, verlieren aber die Ostumfahrung nicht aus den Augen, sollte der Tunnel aus technischen oder finanziellen Gründen nicht zu realisieren sein. Und wir schieben nichts auf die lange Bank.*

Basis für alle weiteren Schritte ist ein positiver Beschluss im Stadtrat. Ich werde mit allen im SR vertretenden Fraktionen daran arbeiten, dass diese Entscheidung zeitnah erfolgt. Danach können die notwendigen Gespräche mit den übergeordneten Institutionen beginnen.

Bernhard Spötzl

Ich stimme Ihnen zu, dass ein Lkw-Durchfahrtsverbot für Ebersberg eine positive Wirkung hätte. Allerdings halte ich den von Ihnen vorgeschlagenen Weg dazu nicht für sinnvoll. Zum ersten ist die Straße über Albaching bei weitem nicht dazu geeignet, den Lkw-Durchgangsverkehr aufzunehmen. Wenn man sich die Mühe macht, die Strecke abzufahren, sollte man feststellen können, dass dort in vielfacher Hinsicht Anwohner betroffen sind, den von Ebersberg weggeleiteten Schwerlastverkehr aufzunehmen. Sie liegt zudem auch viel zu weit östlich von Ebersberg entfernt, um als wirkliche Alternative zu gelten.

Toni Ried

Vor kurzem habe ich mit Philip Goldner darüber gesprochen . Der Gedanke gefällt mir ausnehmend gut . Der erste Schritt ist der, daß ich in der Bürgermeister Dienstversammlung dieses Thema auf die Tagesordnung setzen würde um dann mit NACHDRUCK die nächsten Schritte weiter zu machen .Die Entlastung vom Verkehr sehe ich als enorm an.

Diesen Punkt kann man schon durch schrittweise Maßnahmen im Vorfeld ansteuern.

Marienplatz

Die Siegerentwürfe eines städtebaulichen Wettbewerbs sehen vor, aus dem Marienplatz einen Ort der Begegnung zu machen, auf dem sich in angenehmer Atmosphäre flanieren, einkaufen Kaffee trinken oder Eis essen lässt.

Teilen Sie unsere Meinung, dass dieses sehr begrüßenswerte Ziel nur dann zu erreichen ist, wenn der Platz möglichst frei von parkenden Autos ist und der Verkehr soweit irgend möglich zurückgedrängt und – etwa mittels shared space – beruhigt wird?

Uli Proske:

„Das Ziel stet auch für mich fest. Der Begriff „möglichst frei“ ist allerdings dehnbar. Ich bin der Auffassung, dass einige Kurzparkplätze unverzichtbar sein werden. Darüber hinaus sollte aber bei weiteren anstehenden Maßnahmen (z.B. Hölzerbräu) dafür gesorgt werden, kluge Entlastungsmöglichkeiten zu schaffen.“

Alexander Gressierer:

„Die Umgestaltung des Marienplatzes ist stellt m.E. eine wichtige Maßnahme dar, um die Attraktivität und Aufenthaltsqualität im Stadtzentrum zu verbessern. Das Umsiedeln eines Großteils der am Marienplatz vorhandenen Parkplätze ist dafür notwendige Voraussetzung sollte jedoch nicht ersatzlos geschehen, sondern z.B. in Kombination mit einem Tiefgaragenbau bei Kindergarten St. Sebastian oder Hölzerbräu.

Die Entlastung vom fließenden Verkehr ist ein weiterer wichtiger Schritt, kann aber m.E. ohne Ausweichmöglichkeit für den Durchgangsverkehr nicht in gewünschtem Maße erreicht werden. Sinnvoll scheint daher die schrittweise Realisierung der Marienplatzumgestaltung indem zunächst von der nördlichen Seite des Marienplatzes begonnen wird und der Bereich der St2080 dann anschließend an eine entsprechende Verkehrsentslastung neu gestaltet wird.

Josef Peis:

*„Solange der Schwerlastverkehr über den Marienplatz läuft, hat für mich die Verkehrssicherheit aller Teilnehmer*innen oberste Priorität. Langfristig muss es am oder in der Nähe des Marienplatzes Parkmöglichkeiten, allerdings weniger als heute, geben. Wir teilen das Ziel, den fließenden und stehenden Verkehr weniger Platz also Raum zu zugehstehen.*

Aufenthaltsqualität auf den öffentlichen Plätzen zu schaffen steht in unserem Wahlprogramm, dazu gehört natürlich auch der Marienplatz.

Bernhard Spötzl

Hier kann ich Ihnen guten Gewissens voll und ganz zustimmen, allerdings sollten dabei auch die Belange des Gewerbes am Marienplatz berücksichtigt werden.

Toni Ried

Keine Antwort

Naturnahe Stadt

Auf Grüne Initiative hin wurde 2012 damit begonnen, kommunale Flächen insektenfreundlich zu bepflanzen; im März 2018 stellten wir einen offiziellen Antrag zu naturnaher Begrünung an die Stadt. - Laut einem Grünen Antrag im Februar 16, dem die Verwaltung seither nachkommt, soll die Stadt ihre Gärtnerei anweisen, keine glyphosathaltige Pflanzenvernichtungsmittel im Gemeindebereich mehr verwenden.

Sind Sie auch der Meinung, dass die Stadt sich weiterhin darum bemühen muss, ihre Grünflächen insektenfreundlich zu erhalten und dass auch Privatgärtner dazu ermuntert und angeleitet werden sollen, die Artenvielfalt zu fördern? Sind Sie auch der Meinung, dass die Stadt deshalb generell auf den Gebrauch von Pflanzenschutzmitteln verzichten soll?

Uli Proske:

„Ich stimme zu. Die vorgeschlagenen Maßnahmen, die die Stadt selbst anpacken kann, sind wichtig und gut. Darüber hinaus sollte das in den Privatgärten erheblich vorhandene Potential durch Beratung und Aufklärung genutzt werden. Hier bräuchte es fast einen „Artenvielfaltstreetworker“. Ich bin optimistisch, dass es hierfür in Ebersberg eine große Akzeptanz geben würde.“

Alexander Gressierer:

„Vor dem Hintergrund meiner landwirtschaftlichen Ausbildung kann die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln m.E. ausschließlich nach dem nach guter fachlicher Praxis erprobten und bewährten Schadschwellenmodell erfolgen. Da die von der Stadt gepflegten Flächen und der weit überwiegende Teil der Privatgärten aber gestalterischen Zwecken dient, ein Schaden im Sinne von Mindererträgen oder Ernteaufällen deshalb ausgeschlossen ist, besteht in meinen Augen deshalb auch kein sachlich rechtfertigender Grund für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Die Bemühungen um eine insektenfreundliche Pflege kommunaler Grünflächen und das Anhalten privater Gartenbesitzer zu entsprechendem Verhalten sollte deshalb uneingeschränkt fortgesetzt werden.“

Josef Peis:

„JA

Die grüne Perle im Münchner Osten: Schützen wir sie. Wir von PRO wollen vor allem die Ebersberger Weiherkette schützen. Es ist ein Ökosystem, dessen Zustand sich durch Verschlammung und Düngereintrag jederzeit nachweislich verschlechtern kann. Im Bereich des Klostersees wurde in den letzten Jahren bereits viel Positives erreicht. Der Erhalt und die Kultivierung der Ebersberger Weiherkette ist eine dauerhafte Aufgabe. Nun müssen wir den Zulauf stärker in den Fokus nehmen, um so die Wasserqualität des Egglburger Sees, seiner

Quellen und nachgelagerter Weiher erhalten zu können. Außerdem gilt es Fische, Insekten, Vögel und andere Tiere dort und anderswo in und um Ebersberg zu schützen.

Das sind unsere Lösungsvorschläge:

- Basierend auf einer Analyse der Ist-Situation zusammen mit Experten und einem Gesamtkonzept wollen wir das Ökosystem nachhaltig stärken und unser einzigartiges Naherholungsgebiet erhalten.*
- Ausbau des existierenden Förderprogramms in Zusammenarbeit mit unseren Ebersberger Landwirten, um ausgewogene Lösungen zum Thema Düngen und geeigneter Ackerbewirtschaftung aller Angrenzungsgebiete der Weiherkette zu schaffen.*
- Zusätzlich wollen wir die Förderung großflächiger Anpflanzungen von Bienenweiden zum Erhalt unserer Bienen und anderer Insektenarten. Unser Vorschlag ist hier die Errichtung eines interaktiven Bienenenerlebniswegs, der entlang der Bienenweiden führt und in Kooperation mit unseren Landwirten, Imkern und heimischen Handwerksbetrieben zum Leben erweckt wird. Ebersberger Honig kann so eine Spezialität werden und der Lehrpfad eine weitere Attraktion!*

Bernhard Spötzl

Ich stimme Ihnen hier gerne zu.

Toni Ried

Ich denke da bei meinen Spaziergängen an meine Betrachtungen zu den Gärten in unserer Stadt. In Zusammenarbeit mit den Parteien und den Vereinen sehe ich zur Bewußtseinsbildung gute Möglichkeiten.

Quartiersmanager/Nahwärme

Die größte Herausforderung bei der Energiewende ist der Wärmebereich.

*Welche Strategie verfolgen Sie, um hier unabhängig von fossilen Brennstoffen zu werden? Sind Sie auch der Meinung, dass mit Fördermitteln des Bundes ein*e Quartiersmanager*in eingestellt werden sollte, um die energetische Sanierung straßenweise zum Beispiel mit Nahwärmeprojekten zu begleiten?*

Uli Proske:

Gerade was die Nahwärme angeht, wurden in der jüngsten Vergangenheit viele Chancen liegen gelassen. Wir brauchen ein Kataster der einzelnen Straßen, Häuser mit

- Alter der städtischen Infrastruktur.*
- Schadenshäufigkeit,*
- Aufwendungen für kleinteilige Sanierungsmaßnahmen.*
- Planung Generalsanierung*
- Alter der Häuser und Heizungen*
- Frühzeitige Kontaktaufnahme mit Hauseigentümer bezüglich geplanter Nahwärme (Quartiersmanager).*

Sehr gut wäre es, wenn bei Wasserleitungs- und Kanalbaumaßnahmen auch Nahwärmenetz mit verlegt werden (unter Umständen auch erstmal nur „blind“)

Alexander Gressierer:

Um der Herausforderung der Energiewende begegnen zu können ist m.E. die Zusammenarbeit privater und öffentlicher (kommunaler) Akteure von zentraler Bedeutung. Die Stelle des Klimaschutzmanagers hat sich hier als wichtige Maßnahme erwiesen, sodass bei Bedarf auch über eine entsprechende Erweiterung – z.B. zur Unterstützung der Wärmewende in privaten Haushalten – nachgedacht werden kann. Sanierungen und Umrüstungen sind hier ein wichtiges, gleichzeitig aber auch sehr aufwändiges Handlungsfeld. Neben der schrittweisen Entwicklung bestehender Anlagen muss deshalb auch besonders auf Neubauten geachtet werden, um hier die bauplanungsrechtlichen Möglichkeiten der Stadt zur Berücksichtigung der Ansprüche der Energiewende und der Folgen des Klimawandels umfänglich auszunutzen. Um die Energiewende unbürokratisch und regional umsetzen zu können halte ich es außerdem für besonders wichtig lokale privatwirtschaftliche Akteure bei Klimaschutzprojekten bestmöglich zu unterstützen. Dazu zählen z.B. Genehmigungsverfahren für private Nahwärmenetze usw.

Zentral sollte besonders im Bereich der Wärmewende aber nicht nur die Energieerzeugung aus nachhaltigen Quellen sein sondern auch die Ausnutzung von Einsparmöglichkeiten, z.B. durch energetische Sanierungen.

Grundsätzlich ist es mir ein wichtiges Anliegen, dass regionale Energiewende auch einen Beitrag zu regionaler Wertschöpfung leistet. D.h. jede PV-Anlage und jedes Windrad sollte nicht nur aus Sicht des Klimaschutzes sondern auch wirtschaftlich der Region zu Gute

kommen. Primär möchte ich dies gemeinsam mit der Bürgerenergie-Genossenschaft oder anderen genossenschaftsähnlichen Zusammenschlüssen umsetzen.

Josef Peis:

- *„Strategie, um die Wärmewende (2020 ist das Jahr der Wärmewende) zu forcieren: siehe unser Wahlprogramm Gezielte Förderung eines schnelleren Ausbaus von Photovoltaik- und Solarthermieanlagen auf privaten, kommunalen und gewerblichen Dächern. Wir wollen die Beratung aktiver und direkter in den Wohngebieten betreiben, also vor Ort.*
- *Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen (Strom) und ggf. auch Solarthermie (Wärme) neben bzw. auf Lärmschutzwänden, in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten, auf Konversionsflächen und überbautem Grünland mit Beweidung bzw. Pflanzenanbau.*
- *Nahwärmeversorgung durch Biomasse-Anlage (Hackschnitzel aus der Region) im Verbund mit geeigneten Nahwärmenetzen mit hoher Wärmebedarfsdichte (Beispiel: Moosach).*
- *Zentrale Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien (Strom und Wärme) für neue Wohn- und Gewerbegebiete unter Berücksichtigung solaroptimierter Gebäudeausrichtung und Speichermöglichkeiten für Strom und Wärme sowie Infrastruktur für E-Mobilität.*

Der Wärmebereich hat das größte Potential bei der Klimawende, ist aber leider auch der schwierigste bei der Umsetzung.

*(Sind Sie auch der Meinung, dass mit Fördermitteln des Bundes ein*e Quartiersmanager*in eingestellt werden sollte, um die energetische Sanierung straßenweise zum Beispiel mit Nahwärmeprojekten zu begleiten?)*

JA- super Vorschlag, den wir gerne unterstützen. Damit dann unser Ansatz für neue Wohngebiete auf bestehende Gebäude ausgeweitet werden.

Es sollte ein Quartierskonzept für offensichtlich sanierungsbedürftige Stadteile ggf. auch durch externe Zuarbeit erstellt werden. Denn v.a. wo ein dichter Altbestand vorliegt kann Nahwärme wirtschaftlich betrieben werden.

Bernhard Spötzl

Hier kann ich Ihnen zustimmen

Toni Ried

ja , nach Möglichkeit mit erweitertem Aufgaben Feld , wie von mir in der letzten Podiumsdiskussion vorgeschlagen

Tunnel

Jahrzehntelang wurden diverse Umgehungsstraßen-Möglichkeiten zur Lösung der Ebersberger Verkehrsprobleme diskutiert, die auch nach der Eröffnung der Südumgehung erwartungsgemäß weiterbestehen. Als einzige politische Kraft haben wir Grüne von Anfang an – das heißt seit mehr als fünfzehn Jahren - auf die Idee eines N-S-Tunnel gesetzt. Diese

war bereits vor zehn Jahren so weit ausgearbeitet, dass das Bauamt Rosenheim in einer Machbarkeitsstudie 2009 dem „Goldner-Tunnel“ nicht nur die Durchführbarkeit, sondern auch die höchste Verkehrswirksamkeit aller Varianten attestierte. -

Stimmen Sie uns zu, dass unter umweltpolitischen, verkehrspolitischen, städtebaulichen und ästhetischen (Landschaftsbild!) Gesichtspunkten für eine ortsnahe Umgehung Ebersbergs nur ein Tunnel – beginnend bei der Wasserburger Straße auf Höhe der Straßenmeisterei und vor der Jesuitenallee – eine Lösung bietet?

Uli Proske:

„Zunächst siehe Antwort zu Punkt 4. Auch wenn eine Tunnellösung erfreulicherweise nunmehr zumindest von (fast) allen Bewerbern ernsthaft diskutiert wird, ist sicher, dass eine Realisierung – welcher Variante auch immer – erst in vielen Jahren eine Chance hätte. Deshalb darf die Diskussion darüber nicht verhindern, dass kurz- und mittelfristige Lösungen angestrebt werden. Ein populistischer Streit „Tunnel oder kein Tunnel“ ist nicht hilfreich. Die Klärung, welche Variante anzustreben ist, ist wichtig. Ich möchte auch einen Westtunnel in die Diskussion bringen und würde Euch dazu gerne meine Gedanken in einem Gespräch näher bringen“

Alexander Gressierer:

„Aus den in der Fragestellung formulierten Erwägungen kommt als Lösungsvariante für eine Ortsumgehung nur eine Ausgestaltung als Tunnel in Frage. Dieser muss, wie in den auf die grundsätzliche Tunnel-Idee von 2009 aufbauenden Leitlinien der CSU-Ebersberg dargestellt, die Kriterien einer vollständigen Entlastung und möglichst umfangreichen Entlastung bei geringstmöglichen Eingriffen in den Naturraum genügen. Wichtig ist m.E. hierfür eine möglichst stadtnahe Anbindung an den Tunnel, jedoch mit Tendenz Richtung Osten, da ein Westtunnel eine weitaus geringere Entlastungswirkung schaffen würde. Ob die Südeinfahrt des Tunnels dann genau ggü. der Straßenmeisterei ansetzen wird hängt m.E. auch von technischen Aspekten ab, die ich hier nicht abschließend beurteilen kann. Die Idee ist aber grundsätzlich zu begrüßen und zu unterstützen.

Für eine zeitnahe Umsetzung und um die Belastungen der Innenstadt nicht so groß werden zu lassen, dass die Frage einer möglichst naturverträglichen Gestaltung einer Umgehungsstraße in Form eines Tunnels nicht ins Hintertreffen gerät halte ich die Einigung auf eine seitens der Stadt favorisierte Trasse bis Herbst 2021 für unumgänglich. Dieser ehrgeizige Zeitplan erfordert abermals verstärkte Bemühungen im Arbeitskreis und macht es notwendig, dass die Stadt Ebersberg auch bei ersten Grobplanungen in Vorleistung geht.

Josef Peis:

„Nein - Die damalige Tunnellösung endete am Klostersee und war so nicht realisierbar. Eine Tunnel, beginnend bei der Einmündung B304/Grafinger Südumgehung oder auch auf Höhe Straßenmeisterei, müsste bis zum Gewerbegebiet Nord reichen, dort steht der notwendige Platz für die Ein- und Ausfahrt zur Verfügung. Dieser Tunnel wäre dann bis zu 3 KM lang. Wir streben die Prüfung beider Möglichkeiten an, 3 KM Tunnel unter Ebersberg bzw. eine in langen Abschnitten mit Gründedeckeln als Trogstrecke versehene Ostumgehung. Die Lösung, die

in der Kosten/Nutzen Bewertung sowie bei der Entlastungswirkung für unsere Stadt am besten abschneidet, wollen wir realisieren.

Bernhard Spötzl

Für mich kommt als einzige Lösung, die Stadt Ebersberg vom Durchgangsverkehr zu befreien, eine ortsnahe Umgehung in Frage. Ein Tunnel im Osten wäre sicherlich wünschenswert, aber realistisch betrachtet wird wohl nur eine oberirdische Trasse in Frage kommen. Der sogenannte Goldner-Tunnel leidet für mich unter dem Manko, dass für die nördliche Zufahrt am Klostersee eine wie auch immer geartete Einfahrt entstehen muss, über die sowohl der Verkehr aus Ebersberg Richtung Norden einfahren kann als auch der von den Norden kommende Verkehr nach Ebersberg ausfahren kann. Zudem bringt er keine Erleichterung für die nördlich liegenden Stadtteile Ebersbergs.

Toni Ried

wie bekannt ja

Windräder

Nach einstimmigem Beschluss von Kreistag und Stadtrat soll der Landkreis bis 2030 unabhängig von fossilen Brennstoffen werden. Nach einhelliger Expertenmeinung ist dies im Strombereich nur mit Hilfe von Windkraft möglich. Unsere Stadt könnte ihren gesamten Strombedarf regenerativ erzeugen, wenn die bestehenden Ökostromanlagen durch drei Windräder ergänzt würden.

Die von der Staatsregierung beschlossene 10-H-Abstands-Regelung hat den Ausbau von Windkraft in Bayern zum Erliegen gebracht. Über Bebauungspläne können Kommunen diese Regelung punktuell außer Kraft setzen.

Stimmen Sie mit uns darin überein, dass Ebersberg die Energiewende nur schafft, wenn mehr als die Hälfte des Strombedarfs in der Stadt durch Windkraft gedeckt wird?

Stimmen Sie mit uns darin überein, dass schnellstmöglich entsprechende Flächen im Gemeindegebiet gefunden werden müssen und dass das anspruchsvolle Projekt nur gelingen kann, wenn der Bürgermeister es zur Chefsache macht?

Uli Proske:

„In dem Ziel, Windkraft schnell und wirksam auszubauen, stimmen wir überein Mein persönliches Engagement dazu ist bekannt Die Verwirklichung setzt neben der transparenten Darstellung des anzustrebenden Energiemixes z.B. mit lokaler Wasserstofftechnologie unter Einsatz lokal erzeugten grünen Überschussstromes, Solarenergie ...) einige Schritte voraus, die schnell umzusetzen sind:

- Windflächen und Höffigkeit (?) feststellen*
- Dialog mit den Bürgern auch über die bei uns verbleibende Wertschöpfung*
- Genossenschaftsmodelle fördern*
- Entsprechende Bebauungsplanung*

Alexander Gressierer:

„Welcher Anteil exakt durch Windkraft erzeugt werden muss, dass die Energiewende in Ebersberg gelingen kann ist letztlich eine technische Frage. Aus politischer Perspektive muss der Fokus m.E. auf der Verwirklichung eines ausgewogenen Energiemix liegen, bei dem die Windkraft eine bedeutende und herausgehobene Rolle spielt. Insbesondere PV-Anlagen – vorzugsweise auf Dächern, in geringem Umfang und soweit notwendig als Freiflächen-Anlage – ergänzen diesen Energiemix im Bereich Strom.

Den Fokus möchte ich aber nicht nur auf die Erzeugung erneuerbarer Energie legen, sondern wie bisher Einsparpotentiale maximieren (z.B. LED, energetische Sanierungen, ...)

Mit Blick auf die Realisierung der Klimaschutzziele 2030 muss auch das Projekt Windkraft mit einem entsprechenden Planungshorizont zeitnah angegangen werden. Dabei versteht sich in meinen Augen die federführende Verantwortung des Bürgermeisters von selbst. Mit Blick auf

die den Bau von Windrädern erschwerende 10-H Regelung bin ich persönlich der Meinung, dass auch von Kommunalpolitikern die die Energiewende ernst nehmen möchten der Mut erwartet werden kann über entsprechende Planungsverfahren die Möglichkeiten des Baugesetzes zu nutzen und Windräder in maßvollem Rahmen auch innerhalb dieser Flächen umzusetzen. Für das Gemeindegebiet Ebersberg nach wie vor relevant scheint mir hier – unter Berücksichtigung technisch notwendiger Anpassungen – auch der Standort Schafweide.“

Josef Peis:

„JA - Windkraft bietet eines der größten Strompotenziale und ist für uns kein Tabuthema. Wir sind PRO Wind auf Ebersberger Gemeindegebiet (z.B. um das Gebiet Schafweide und als „Bürgerwindrad“).

Im integrierten Klimaschutzkonzept (2012) sind 64% EE-Strom ohne Berücksichtigung von Windkraft bis 2030 veranschlagt. Insgesamt ist der PV-Ausbau bisher mehr als enttäuschend bei derzeit nur 15,4% EE-Anteil und 352 PV-Anlagen (Stand: 2018). Ohne Windkraft wird es also nicht gehen. Ob es mehr als 50% sein müssen hängt vom PV-Ausbau ab. Eine bilanzielle Überproduktion kann aber bei den anderen Sektoren Wärme und Mobilität (Wasserstoff-Technologien) bei der THG-Reduktion helfen.

(Stimmen Sie mit uns darin überein, dass schnellstmöglich entsprechende Flächen im Gemeindegebiet gefunden werden müssen und dass das anspruchsvolle Projekt nur gelingen kann, wenn der Bürgermeister es zur Chefsache macht?)

JA. Als Kreisstadt wollen wir Vorbild und Vorreiter beim Klimaschutz im Landkreis Ebersberg werden. Dafür werde ich mich als BGM einsetzen. Neben den akt. abfließenden Energiekosten, unserer Pflicht zum Umstieg auf regenerative Energien ist für mich persönlich auch die globale Gerechtigkeit ein Argument, hier die bereits im EBE-Klimaschutzkonzept genannten Ziele zu erreichen und zu übertreffen. Viele Menschen leiden unverschuldet am stärksten von den Folgen des menschengemachten Klimawandels. Das darf nicht so weiter gehen, hier braucht es viele Schritte die jeder persönlich, aber auch die Kommune gehen kann.

Der Bürgermeister muss dies sicher mit sehr hoher Priorität antreiben. Während die Grünen alle Grundstücke mit mindestens 500 Metern Abstand von Wohnbebauung außerhalb von Schutzgebieten sondiert haben wollen, werden wir generell kommunale aber auch überkommunale Standorte und die Ergebnisse der Windkraftkonzentrationsflächenplanung in Betracht ziehen.

Wir beziehen in unserem Programm auf die Gemeinwohlökonomie, Ebersberg soll langfristig GWÖ-Kommune werden, das ist für mich auch eine Leitlinie im Handeln als BGM aber auch privat.

Photovoltaik (PV) hat die größten Umsetzungsmöglichkeiten. Deshalb braucht es einen schnelleren Ausbau von PV- und Solarthermieanlagen auf privaten und auch auf gewerblichen Dächern. Weitere geeignete Flächen müssen identifiziert werden.

Bernhard Spötzl

Hier stimme ich Ihnen zu.

Toni Ried

Windräder : einziger Punkt , der uns offensichtlich unterscheidet.

Bitte keine Windräder im Ebersberger Forst, da der Schaden vor Ort zu groß ist . Siehe vorliegendes Zonierungs Gutachten

*IM ÜBRIGEN ICH LEBE AUCH PERSÖNLICH EIN LEBEN ; DAS ICH SEIT VIELEN JAHREN EIN
KONSEQUENTES LEBEN OHNE AUTO : MEINE REISEN ; DIE ICH FRÜHER MIT DEM FLUGZEUG GEMACHT
HABE ; MACHE ICH NACH ALLEN MÖGLICHKEITEN MIT DER BAHN:
ANSONSTEN LEBE ICH SEHR BEWUSST:
MEINE AUFGABEN ALS 2. BÜRGERMEISTER UND STV: LANDRAT HABE ICH SEHR GUT MACHEN
KÖNNEN*